

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	45. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	12. Dezember 2017, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Neuer Dezernatsverteilungsplan ab 1. Januar 2018
Vorlage: 2017/0735

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, nach Vorberatung im Hauptausschuss, gemäß § 44 Absatz 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg die Änderungen im Dezernatsverteilungsplan, die in der Anlage 1 mit rot gekennzeichnet sind. Die Änderungen treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Bei 34 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, klingt erst einmal ziemlich pompös. Die vier Punkte, die dieser Vorschlag beinhaltet, sind der Wechsel des Gartenbauamtes vom Dezernat 6 ins Dezernat 5, der Wechsel des Liegenschaftsamtes vom Dezernat 4 in das Dezernat 6, bis auf die Stelle, diese kleine Teilabteilung, die sich mit dem Thema der Grundstücke als Vermögenswerte beschäftigt. Wir integrieren die Koordinationsstelle Strategisches Marketing, das ist eines der Ergebnisse der kleinen Arbeitsgruppe, die sich mit der Zukunft des Stadtmarketings beschäftigt, in die Stabsstelle Außenbeziehungen, die dann um diese Kompetenz Strategisches Marketing erweitert und bereichert wird. Wir setzen die Stabsstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung vom Personal- und Organisationsamt und vom Dezernat 2 ins Dezernat 1 um.

Das sind die verschiedenen Vorschläge, die ich Ihnen hier mache und die ich als Oberbürgermeister umsetzen kann, wenn Sie mir Ihre Zustimmung erteilen. Die Begründungen sind in der Vorlage angeführt. Wir hatten sie auch bei mehreren Gelegenheiten schon miteinander diskutiert. Jetzt können wir in die Aussprache einsteigen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir hätten eigentlich keinen Bedarf gehabt, zu diesem Thema etwas zu sagen. Aber vorausseilend wollen wir vielleicht doch drei, vier Punkte stichwortartig festhalten.

Das Eine ist, dass wir natürlich anerkennen, dass es sich hier um ein Direktionsrecht von Ihnen handelt und es von daher auch Ihre Sache ist, die Struktur aus Ihrer Sicht zu optimieren. Es ist auch Ihre Sache, inwieweit Sie sich bei Strukturfragen auf Zusagen einlassen. Es ist auch Ihre Sache, inwieweit diese Strukturveränderung einer Logik entspricht. Für uns als CDU-Fraktion können wir nur abschließend festhalten, dass es richtig und eine zwingende Optimierungsfrage ist, dass der Grundstücksverkehr im Bereich der Wirtschaftsförderung verbleibt und dort auch à la longue verstetigt wird. Das ist aus unserer Sicht das, was festzuhalten gilt. Ansonsten kein weiterer Bedarf.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch die SPD-Gemeinderatsfraktion wird der vorliegenden Aktualisierung der Dezernatsverteilung zustimmen. Somit sind auch wir ein Teil der sogenannten Einvernehmlichkeitsmenge, die im Gemeinderat erforderlich ist. Wir finden die vorliegenden Veränderungen, jedes Detail, jeden Baustein gut begründet und sehen darin einen Beitrag zur Optimierung von verwaltungsinternen Prozessen, sicherlich auch zur Bündelung und Steuerung von Themen, die von gesamtstädtischer Relevanz sind, beim Dezernat 1 und eine Stärkung des von uns verabschiedeten IQ-Prozesses, der in den kommenden Jahren noch einmal einen Schub für die Stadtentwicklung mit sich bringen soll. Es macht aus unserer Sicht sehr Sinn, das Liegenschaftsamt in Bezug auf die fachrelevanten Themen dem zuständigen Dezernat für Bauen und Planung zuzuordnen. Themen, wie etwa der Bereich Vermessung, sind in anderen Großstädten üblicherweise den zuständigen Planungsdezernaten zugeordnet. Auch wir können uns dem von Herrn Pfannkuch Gesagten zum Thema Grundstücksverkehr anschließen. Wir wissen, dass das für das Wirtschafts- und Finanzdezernat ein strategisch bedeutendes Thema ist, das dort gebündelt ist und finden es gut, dass diese Abteilung zunächst auch im Dezernat 4 verbleiben soll.

Insgesamt bedeuten Veränderungen auch ein Stück weit immer Unsicherheiten und Anpassungsbedarf für die Menschen, die in den Ämtern Wichtiges für die Stadt Karlsruhe leisten. Wir sind uns sicher, dass die Verwaltung die Belegschaft hinsichtlich dieser neuen Dezernatsverteilung mitnehmen wird und eventuell vorhandene Fragezeichen rasch zerstreuen wird.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Aus grüner Sicht ist die Einordnung des Gartenbauamtes in das GRÜNEN-Dezernat der wichtigste Punkt. Darüber freuen wir uns, weil jetzt alles in einer Hand ist: vom Umweltamt über Forstamt, Friedhofsamt und dann eben auch dem Gartenbauamt.

Nur eine Kleinigkeit hätten wir zusätzlich gerne gehabt, die jetzt nicht verwirklicht wurde. Im Liegenschaftsamt gibt es einen Teil, der sich mit der Vermietung, Verpachtung von landwirtschaftlichem Gelände befasst. Auch das ist Grüngelände. Dann wäre uns lieber gewesen, das wäre auch mit rübergegangen. Damit müssen wir im Moment leben. Vielleicht kommt es ja beim nächsten Mal dazu.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Ich möchte zunächst einmal zitieren aus einem Änderungsantrag von KULT und FDP zum Jahresende 2014, als es auch um den Dezernatsverteilungsplan ging. Da hatten wir gesagt: Der Tagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzung wird abgesetzt mit der Begründung, dass es noch vertiefender Abstimmungen

bedarf. Auch hier müssen wir wieder sagen, dass wir uns gerne vertiefende Abstimmungen im Vorfeld gewünscht hätten. Es haben wohl Abstimmungen stattgefunden, allerdings hauptsächlich zwischen dem Herrn Oberbürgermeister und den Fraktionen, die auch Bürgermeister stellen und davon betroffen sind, also die großen Fraktionen, die zuvor gesprochen haben. Wir sind mit dem Prozess etwas unzufrieden, weil die mittleren und kleineren Fraktionen nicht so sehr eingebunden wurden. Wir hätten da auch gerne mehr mitgesprochen, weil natürlich der Dezernatszuschnitt insgesamt für die Stadtverwaltung eine wichtige Sache ist, wie die Stadt arbeitet. Da kann man auch Schwerpunkte legen. Von daher sind wir nicht ganz glücklich, wie das vom Prozess her ablief.

Nichtsdestotrotz: Wir wurden mit genügend zeitlichem Vorlauf darüber informiert, wie es aussehen wird. Wir konnten es genügend vorbereiten. Wir haben bei keiner der Änderungen größere Bedenken, so dass wir dennoch heute zustimmen werden. Allerdings würden wir uns für die Zukunft wünschen, dass bei Dezernatsumverteilungen auch mit den mittleren und kleineren Fraktionen im Vorfeld mehr gesprochen wird, was deren Vorstellungen sind.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich rede hier als Repräsentant für die Zählgemeinschaft von FDP, GfK, Freie Wähler und Herrn Schmitt. Prinzipiell finde ich, dass der Herr Oberbürgermeister der Oberbürgermeister ist und damit zuständig für die Verwaltung. Es ist eine Aufgabe, bei der der Oberbürgermeister selbstverständlich seine Verwaltung so effektiv, intelligent und logisch wie überhaupt möglich einrichten muss. Wenn Parteipolitiker sich in diese Aufgabe einmischen, wird es leider oft zu einem Mischmasch von parteipolitischen Interessen in einem politischen Kuhhandel. Die eine Partei bekommt diesen Vorteil und die andere Partei bekommt jenen Vorteil. Damit verschwindet oft die intelligente, effektive und logische Perspektive.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, Ihren Verwaltungsvorschlag nicht mit uns verhandelt, aber mit anderen Fraktionen in diesem Saal. Das ist Ihr gutes Recht. Aber damit sind wir auch nicht, wie andere Kollegen in diesem Saal, eingebunden. Die Gemeindeordnung sagt, dass der Oberbürgermeister die Dezernatsverteilung im Einvernehmen mit dem Gemeinderat entscheidet. Sie haben uns mit dieser Vorlage um unsere Meinung gebeten. Wir raten von dieser Dezernatsverteilung ab. Wir argumentieren gerne für diese Auffassung, auch wenn wir wahrscheinlich nach der Verhandlung mit anderen Fraktionen nur wenig Einfluss auf das Resultat haben. Wir sehen Ihren Vorschlag nicht als eine Verwaltungsreform, sondern nur als eine halbseidene Verlagerung von Zuständigkeiten. Die gute Lösung, dass der Zoo und das Gartenbauamt von einem Dezernat aus koordiniert werden, da sie sich die Flächen teilen, wird durch diese Verschiebung aufgebrochen. Konflikte sind, wie früher, vorprogrammiert. Die Inhalte des Gartenbauamtes sind eng mit der Stadtplanung verknüpft und sollten daher in einem Dezernat bleiben. Eine Aufteilung und nur Teilverlagerung des Liegenschaftsamtes mit zwei zuständigen Dezernaten finden wir nicht zielführend. Konflikte sind vorprogrammiert. Wir raten von dieser Dezernatsverteilung ab, weil wir keine Leistungssteigerung oder Organisationsverbesserung erkennen können. Wenn Sie trotzdem diese parteipolitischen Änderungen durchsetzen wollen, hoffen wir selbstverständlich, dass die Änderungen doch einen Vorteil für die in der Verwaltung angestellten Personen und für die Karlsruher Bürger bringen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir waren, wie die FDP, nicht eingebunden in die Beratungen. Ich möchte mich für die AfD den Ausführungen von Herrn Høyem anschließen. Auch wir glauben nicht, dass dieser neue Dezernatsverteilungsplan zu mehr Effizienz führt und werden deswegen dagegen stimmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Vorschläge zu Dezernatsveränderungen ausschließlich von mir kommen. Ich habe insofern mit den großen Fraktionen gesprochen, damit ich mir einigermaßen sicher sein kann, hier eine Mehrheit zu haben, weil es sonst mehr Unruhe stiftet, als es am Ende Gewinn bringt, und ich schon einmal mit einem Vorschlag gescheitert bin vor einigen Jahren. Nur, dass nicht der Eindruck entsteht, es sei jetzt etwas, wo ich in einem Workshop mit einem Teil des Gemeinderates irgendetwas erarbeitet hätte und die anderen hätten draußen vor der Tür gestanden. Dieser Eindruck entspricht nicht ganz dem, wie diese Beratungsfolgen sind. Es ist rechtzeitig im Hauptausschuss vorberaten worden. Dann ist insofern der Möglichkeit der Vorberatung und des Austausches der Argumente auch ausreichend Raum eingeräumt worden.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist mit großer Mehrheit angenommen. Vielen Dank. Ich darf mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die mir zum Teil auch sehr offen und auch sehr persönlich ihre jeweiligen Befürchtungen oder auch kritischen Anmerkungen gegeben haben. Ich werde mich auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere des Liegenschaftsamtes noch einmal im Rahmen einer Personalversammlung der Sache annehmen. Ich bin mir sicher, dass wir am Ende zu guten Lösungen kommen werden. Auch das an dieser Stelle noch hinzugefügt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
20. Dezember 2017